

27.03.2023 - Pressemitteilung 2023-04

Bildautor Harald Hoppe

Verwendung der beigefügten Bilder des BUND-Odenwald im Zusammenhang mit dieser Mitteilung freigegeben.

BUND-Odenwald setzt schärfere Positionierung durch

Der Landesverband im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND-Hessen) hielt am vergangenen Samstag seine Delegiertenversammlung mit etwa 120 Personen in Frankfurt ab. Mit dabei waren auch fünf Vertreter:innen aus dem Odenwaldkreis. Das jährliche Treffen dient traditionell auch der Neubestimmung und Ausrichtung von Positionen, die der Umweltverband seiner Arbeit in den Kommunen zugrunde legt.

Diskussion über Freiflächen-Photovoltaik

Die immer stärker in den Fokus rückende Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Energieerzeugung bewog den BUND-Odenwald zur Formulierung eines Antrags. Sprecher Harald Hoppe führte dazu aus: „Unsere Haltung zur Energiefrage ist seit Jahrzehnten von dem Drei-Stufen-Modell geprägt 1. Strom einsparen – 2. Strom auf bereits versiegelten Flächen produzieren – 3. Erst wenn diese Schritte ausgeschöpft sind über neue Flächen diskutieren. Die Realität zeigt jedoch, dass unsere Schritte 1 und 2 selten ernsthaft in Betracht gezogen werden. Im Gegenteil verzeichnen alle Prognosen einen Anstieg der erforderlichen Strommenge.“

Konsequenzen für den ländlichen Raum

Der BUND-Odenwald zog aus der Praxis der letzten 15 Jahre im Kreisgebiet die Konsequenz, dass eine gravierende Umgestaltung des Landschaftsbildes durch Photovoltaik-Anlagen ins Haus steht. Von den bislang realisierten 6 Anlagen sind nur zwei auf akzeptablen Standorten entstanden – ehemalige Mülldeponie und Militärgelände – die Mehrzahl wurde auf Grünland realisiert. Insgesamt sind es 2023 etwa 30ha, die der Landwirtschaft entzogen wurden. Die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen wurden z.B. auf der vor 12 Jahren errichteten Anlage in Beerfelden bis heute nicht realisiert. Die nächste im Gespräch stehende Anlage mit 20ha macht das rasante Größenwachstum deutlich, das diese Technologie kennzeichnet.

Die Regionalversammlung, die ebenfalls über diese Frage diskutiert, zeigt auf, dass schon heute die im Regionalplan dargestellten Vorbehaltsflächen für die Landwirtschaft nicht ausreichen, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern. Für die als ‚Normalfall‘ zu bezeichnende fleischkonzentrierte Ernährung müssten etwa 6.000m² pro Person vorgehalten werden, tatsächlich sind es nur ein sechstel – nämlich 1.100m². Selbst der verringerte Flächenbedarf von 1.300m² pro Person bei veganer Ernährung steht gegenwärtig nicht zur Verfügung. Ungerührt von diesem Befund erwägt die Regionalversammlung aber trotzdem den weiteren Ausbau von Freiflächenanlagen – mit einer Anlagengröße von 20ha.

Auch die Odenwälder Politik befürwortet dieses Szenario – das Klimaschutzkonzept von 2013 setzt durch die Ablehnung der Windkraft völlig auf Photovoltaik. Das bis heute unveränderte Resultat bedeutet 3.600ha PV-Anlagen im Kreis – 360ha in jeder Kommune.

Geschärfte BUND-Position beschlossen

In Frankfurt fand die Odenwälder Position eine Mehrheit, die den Verband in der Flächenpriorisierung von Dächern und bereits versiegelten Flächen bestärkt. Die Entscheider:innen in den Parlamenten sollten zur Kenntnis nehmen, dass eine weitere Umnutzung von landwirtschaftlichen Flächen verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung ist. BUND-Sprecher Harald Hoppe: „PV-Anlagen kann man nicht essen!“